

**Laudatio PStS Horst Becker anlässlich der Verleihung des Preises
„Engagement und Courage“ des grünen Kreisverbandes Krefeld am 24.09.11 in
Krefeld**

Liebe Mitglieder der Initiative „Das Quartier lebt“,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ihre Initiative, die heute mit dem Preis für Engagement und Courage des grünen Kreisverbandes Krefeld ausgezeichnet wird, trägt den passenden Titel „Das Quartier lebt“. Passend ist dieser Name, da es lebendige Stadtteile und Wohnquartiere nur dann geben kann, wenn sie von denen, die in ihnen wohnen, mit Leben gefüllt werden. Das ist in Ihrem Beispiel auf beeindruckende Weise der Fall. Die Landesregierung stellt, dort, wo es Ermunterung von außen bedarf, Kommunen mit Hilfe von Bundes- oder Landesprogrammen, wie z. B. dem Förderprogramm „Soziale Stadt“, Mittel zur Verfügung, um quartiersbezogene Beteiligungsstrukturen für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen und sie somit für ein Engagement vor Ort zu begeistern.

Hier sind Bürgerinnen und Bürger von sich aus aktiv geworden.

Sie, meine Damen und Herren, haben sich eingemischt. Sie haben sich ihrer Rechte als Bürgerinnen und Bürger bedient und Planungen in ihrem Stadtteil, die nicht Ihren Vorstellungen entsprachen, in ihrem Sinne verändert. Dass das nicht immer ohne das sprichwörtliche Bohren dicker Bretter gehen kann, ist selbstredend. Das habe auch ich über 25 Jahre in der Stadt, in der ich lebe, in Lohmar, in vielen Initiativen und Vereinen erlebt.

Dort, wo Gesetzesvorgaben die Planung von Bauprojekten bestimmt, muss sich Kreativität hartnäckig ihren Platz erstreiten. Wie man aber an ihrem Beispiel hervorragend nachweisen kann, führt ein offensiver und unterstützender Umgang mit den von politischen Entscheidungen Betroffenen für beide Seiten zu einem erheblichen Zugewinn, sowohl in Bezug auf die Akzeptanz von Bauprojekten als auch hinsichtlich der Kosten und der nachhaltigen Wirkung einer solchen Maßnahme.

Allerorts ist zurzeit die Rede vom sogenannten Wutbürger. Gemeint ist damit, dass Bürgerinnen und Bürger der etablierten Politik die Gefolgschaft aufkündigen und ihr Unverständnis über politische Entscheidungen öffentlich machen. Auch wenn Sie, wie ich aus Vorgesprächen weiß, sicherlich an der ein oder anderen Stelle durchaus wütend waren, zum Beispiel als die Zusammenarbeit mit den Fachbereichen der Verwaltung ihrer Meinung nach nicht reibungslos und zielorientiert ablief oder zugesagte Änderungen an der Bauplanung ignoriert wurden, sind Sie ganz bestimmt keine Wutbürger. Sie sind Bürger im herkömmlichen Sinne, die sich aktiv und eigenverantwortlich an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes beteiligen.

Beeindruckend hinsichtlich ihres Engagements ist die Hartnäckigkeit, die Sie für ihre Straße an den Tag gelegt haben. Sie dokumentiert eine enge Verbundenheit zu ihrem Lebensumfeld.

Seit im Jahr 2008 in der Zeitung über die Baumaßnahmen in ihrer Straße berichtet wurden, haben Sie sich für ihre Vorstellungen und Wünsche zur Gestaltung ihres Quartiers eingesetzt. Dabei kam Ihnen zweifelsohne die Vielfältigkeit der Fähigkeiten ihrer Mitstreiterinnen und Mitstreiter entgegen. Während die einen ingenieurtechnische Vorkenntnisse oder handwerkliches Geschick mitbrachten, konnten andere auf lange Erfahrung in der Zusammenarbeit mit der städtischen Verwaltung oder der Politik zurückgreifen. Für die Erstellung von Flugblättern oder anderem Informationsmaterial waren kreative Talente in ihren Reihen zuständig. Das Alles zeigt, dass das Miteinander vieler unterschiedlicher Talente das beste Erfolgsrezept ist.

Als grüner Verkehrspolitiker bringe ich dem Grundanliegen ihrer Initiative viel Sympathie entgegen. Denn das, was Sie zu ihrem Engagement getrieben hat, ist doch im Kern die Rückeroberung des öffentlichen Raumes, weg von der autozentrierten Stadtplanung hin zu mehr Lebensqualität für Fußgänger und Radfahrer. Es ist eben nicht mehr zeitgemäß, Bürgersteige zu verkleinern, um noch den letzten möglichen Autoparkplatz herauszuholen. Und obwohl ihnen entgegengehalten

wurde, das sogenannte Querparken sei alternativlos, da ein hoher Bedarf nach Parkraum bestünde, sind sie losgezogen und haben eine eigene Umfrage an den Wohnungstüren gestartet.

Das Ergebnis überrascht mich nicht im Geringsten: von 200 bis 300 Befragten gab der überwiegende Teil an, keinen Bedarf für zusätzliche Parkflächen zu haben, da die meisten Anwohner über Einstellplätze auf den Hinterhöfen verfügen. Damit konnten Sie, freilich mit großem zeitlichem Aufwand, die Aussage widerlegen, die Leute bräuchten mehr Platz für ihr Auto.

Auch ihr Einsatz für mehr Grün in der Innenstadt und Fahrradwege entlang der Straße deckt sich mit den Zielen grüner Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik. Daher empfinde ich es als eine nachvollziehbare und logische Konsequenz, dass Sie, meine Damen und Herren, mit dem Preis für Engagement und Courage des grünen Kreisverbandes Krefeld ausgezeichnet werden.

Auch auf der Landesebene haben wir GRÜNE uns dafür eingesetzt, dass die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft und Politik einen neuen Stellenwert erhält. Im rot-grünen Koalitionsvertrag, der den Titel „Gemeinsam neue Wege gehen“ trägt, heißt es:

„Die Menschen in NRW erwarten, dass sich gute Politik ganz konkret in ihrem unmittelbaren Umfeld positiv auswirkt. [...] Gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe, die Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements und wirksame Mitwirkungsmöglichkeiten sind der Schlüssel, um die Menschen in den Städten und Gemeinden neu dafür zu begeistern hieran mitzuwirken.“

Das Ziel der Landesregierung ist es, die Menschen dazu zu bewegen, sich einzumischen und mit zu planen. So sollen aus Betroffenen Beteiligte werden.

In der Verkehrspolitik haben wir uns dieser Aufgabe ebenfalls angenommen. Ein gutes Beispiel dafür ist das Programm „Bürgerradwege“. Die rot-grüne

Landesregierung hat sich als einen verkehrspolitischen Schwerpunkt den Ausbau der Radverkehrswege an Landesstraßen vorgenommen. Hierfür wurden die finanziellen Mittel im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt, so dass nun insgesamt zwölf Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Um die Reichweite und damit den Erfolg dieses Programms noch zu vergrößern, fließen drei Millionen Euro des gesamten Budgets in den Bau von 35 sogenannten Bürgerradwegen mit einer Länge von rund 38 Kilometern. Dadurch entstehen Radwegeschnell und unbürokratisch durch bürgerschaftliches Engagement vor Ort und unter Beteiligung lokaler Bauunternehmen. Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen und der Landesbetrieb Straßen NRW arbeiten dabei eng zusammen. Besonders hervorzuheben bei diesem Projekt ist, dass diese Radwege wenn nötig und sinnvoll auch mit reduzierten Standards gebaut werden können, etwa mit einer wassergebundenen Oberfläche. Dadurch wird der planerische, zeitliche und finanzielle Aufwand verringert, ohne dass die Technik und die Sicherheitsanforderungen darunter leiden. Die Ausgestaltung der Radwege orientiert sich an der Leistungsfähigkeit der beteiligten Akteure vor Ort, das Ministerium schränkt die Kreativität hierbei nicht durch schriftliche Vorgaben ein. So werden die Potentiale und die Kreativität der Bürgerinnen und Bürger unter Einbeziehung vorhandener Strukturen und Ressourcen sinnvoll genutzt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich will nicht verschweigen, dass der finanzielle Aspekt bei der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement ebenfalls eine Rolle spielt. In Zeiten schwerer Krisen der öffentlichen Kassen können bestimmte Maßnahmen nur noch realisiert werden, wenn externe Hilfe in Anspruch zur Verfügung steht. Und da diese Krise trotz aller Bemühungen in absehbarer Zeit Bestand haben wird, wird Bürgerengagement zu einem Zukunftsfaktor für unser Land.

Auch in dieser Hinsicht ist ihr Projekt beispielhaft. Durch die von Ihnen angeregten qualitativen Verbesserungen konnten 80% der Kosten, die von der Kommune getragen werden sollten, über das Förderprogramm „Stadtumbau West“ finanziert werden. Damit konnte die Stadt 269.000 Euro einsparen. Bei einer Baumaßnahme,

die insgesamt ein Volumen von fast 800.000 Euro umfasst, ist das ein wirklich beachtlicher Betrag.

Mehr Bürgerengagement und Partizipation erfordern ein neues Miteinander von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft. Dabei geht es darum, gegenseitig Verständnis in die Arbeitsstrukturen und Entscheidungsprozesse aller drei Akteure zu gewinnen und gleichzeitig zum Beispiel in der Verwaltung Strukturen so umzugestalten, dass den Bedürfnissen der Zivilgesellschaft Rechnung getragen wird. So erscheint es mir kontraproduktiv, wenn, wie in ihrem Fall, trotz vorheriger Zusage, dass Sie in den Planungsprozess mit eingebunden werden sollten, im gleichen Zeitraum mit Bauarbeiten begonnen wurde, die ihren Wünschen entgegenlaufen, wie im Fall der Fällung von Bäumen in ihrer Straße. Gleichzeitig stehen auf Seiten der Verwaltung viele Vorschriften und Prozessvorgaben dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach einer schnellen Umsetzung und Einbeziehung im Weg. Auch hier ist Verständnis ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg, denn nichts ist für die Zusammenarbeit gefährlicher, als wenn der Eindruck entstünde „die da oben“ nähmen die Bürger nicht ernst. Verwaltung muss nicht nur als Dienstleister, sondern auch als Unterstützer und Möglichmacher fungieren, um die bewusst gewollte Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger sinnvoll und zielgerichtet einzusetzen.

Ich wünsche Ihnen für die Zukunft, dass ihre Anstrengungen nicht nur kurzfristig erfolgreich waren, sondern auch langfristig Bestand haben.

Ich wünsche Ihnen, dass das, was sie nach über dreijährigem Einsatz erreicht haben, bleibt und sie von Seiten der Stadt und den in der Verwaltung Verantwortlichen die Unterstützung bekommen, um das Erreichte zu bewahren und, wenn nötig, weiter zu entwickeln. Dazu sollte zum Beispiel die Nachpflanzung für alte, kranke Bäume in ihrer Straße gehören.

Ich wünsche Ihnen, dass sie und ihre Mitstreiter weiterhin mit viel Engagement ihr Quartier beleben.

Und ich wünsche uns Allen, dass es uns zukünftig gelingt, mehr Menschen davon zu überzeugen, dass sich der Einsatz für ihr direktes Lebensumfeld lohnt.

Herzlichen Glückwunsch.